

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Unterstützung für die Ukraine intensivieren – Industrie stärken – Produktion und Lieferung von Munition nachhaltig hochfahren**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat am 28. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP den Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (Drs. 20/1550) gefasst. In diesem Beschluss forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und womöglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung von schweren Waffen und komplexen Systemen vorzunehmen, ohne die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung zu gefährden.

Während die Lieferung von Großgerät einschließlich erster Munitionspakete der Ukraine zu Erfolgen und Geländegewinnen verhalf, droht ihr nun zunehmend die Munition für die gelieferten Waffen auszugehen. Gemäß übereinstimmender Berichte kann Russland im Vergleich zur Ukraine das zehnfache an Munition (20.000 bis 60.000 Artilleriegeschosse pro Tag) zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzen. Demgegenüber sei die europäische Industrie mit Stand von März 2023 nur in der Lage, 20.000 bis 25.000 Artilleriegeschosse pro Monat zu produzieren (vgl. [www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-verteidigungsminister-papier-munitionsmangel-ukraine-krieg-russland-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-verteidigungsminister-papier-munitionsmangel-ukraine-krieg-russland-100.html)).

Die EU-Staaten haben sich in Anbetracht dieser dramatischen Lage unter Zustimmung Deutschlands darauf geeinigt, der Ukraine innerhalb von zwölf Monaten eine Million Schuss Artilleriemunition bereitzustellen.

Seitdem ist von deutscher Seite die notwendige substanzielle Steigerung der Lieferung aus bestehenden Rahmenverträgen oder über europäische Beschaffungsprojekte – entgegen den Aussagen des Bundesministers für Verteidigung im März 2023 – ausgeblieben. Das o.g. Ziel wird weit verfehlt werden. Im November 2023 bestätigte dies der Bundesminister der Verteidigung und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell teilte mit, dass die Mitgliedsländer erst rund 300.000 Geschosse abgegeben haben (vgl. [www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/ukraine-krieg-eu-munition-lieferung-boris-pistorius](http://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/ukraine-krieg-eu-munition-lieferung-boris-pistorius)).

Um die Mindestnachfrage der Ukraine für Artilleriegeschosse im Jahr 2025 zu decken, müsste die europäische Produktion um 140 Prozent im Vergleich zum Jahr 2024 erhöht

werden, so der Schluss des estnischen Verteidigungsministeriums (vgl. Setting Transatlantic Defence up for Success: A Military Strategy for Ukraine's Victory and Russia's Defeat: [https://kaitseministeerium.ee/sites/default/files/setting\\_transatlantic\\_defence\\_up\\_for\\_success\\_0.pdf](https://kaitseministeerium.ee/sites/default/files/setting_transatlantic_defence_up_for_success_0.pdf)).

Trotz der Beteuerungen der Bundesregierung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Ukraine zu unterstützen, spiegelt sich dieser Anspruch nicht in der tatsächlichen Unterstützung mit elementarer und für das Überleben auf dem Gefechtsfeld existenzieller Munition wider. Eine rein appellartige, symbolische Aufforderung an die Industrie, die Produktion zu erhöhen, ohne steuernde und unterstützende Koordination, Finanzierungszusagen, Garantien und Beauftragungen wird weiterhin zum Scheitern verurteilt bleiben. Dies kann und darf weder akzeptiert werden noch darf die Unterstützung in dieser zunehmend kritischen Phase des Krieges schleichend abnehmen.

Die Munitionsbestände der Bundeswehr sind nicht ausreichend und von der NATO-Vorgabe des 30-Tage-Vorrats sehr weit entfernt. Sie befinden sich auf einem bedrohlich niedrigen Niveau und wurden durch die Unterstützung für die Ukraine weiter dezimiert. Auf Dauer kann die Abgabe aus Bundeswehrbeständen keine Option sein. Zusätzlich ist für eine siegfähige Bundeswehr ein deutlicher Aufwuchs der Bestände der Bundeswehr notwendig, denn gerade die Erkenntnis sehr hoher, mutmaßlich in den bisherigen Berechnungen nicht berücksichtigter Munitionsverbräuche im aktuellen Ukraine-Krieg aufgrund sehr hoher Intensität zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf.

Auch vor diesem Hintergrund der eigenen erhöhten Beschaffungsbedarfe für Munition müssen endlich grundlegende Voraussetzungen für deren unverzügliche Beschaffung geschaffen werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die im März 2023 gemeinsam mit den europäischen Partnern in der EU vereinbarte Lieferung von einer Millionen Artilleriegeschossen aus der EU mit einem substanziellen deutschen Beitrag zu unterstützen und auf die europäischen Partner einzuwirken, dass auch diese ihrer Selbstverpflichtung folgen;
  2. der ukrainischen Bitte nach Lieferung von Munition aller notwendigen Kaliber aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr in größtmöglichem Umfang zu entsprechen;
  3. die deutsche Rüstungsindustrie durch Investitionsunterstützung, langfristige Lieferverträge und verbindliche Exportzusagen nachhaltig beim Kapazitätsaufbau zu stärken und somit Direktlieferungen zu ermöglichen;
  4. Ausrüstungslücken bei der Bundeswehr, die durch die Abgabe an die Ukraine entstehen, durch sofortige Nachbeschaffung außerhalb des Sondervermögens zu schließen und den Bestand der Bundeswehr rasch vollständig einsatzbereit zu machen;
  5. einen in europäische Anstrengungen eingebundenen Gesamtplan für die Munitionsbeschaffung im engen Zusammenwirken mit der deutschen Rüstungsindustrie zu entwickeln, der sowohl den Bedarfen der Bundeswehr, der Ukraine und weiterer Verbündeter konkrete Produktion und Lieferung gegenüberstellt;
  6. die Beschaffung weiterer Munition für die Bundeswehr entsprechend dem operativen Bedarf und den bei der NATO eingegangenen Verpflichtungen unverzüglich durchzuführen;
  7. den Rücklauf von Mitteln aus der europäischen Finanzierung von Munitionsabgaben an die Ukraine einzufordern und damit weitere militärische Unterstützung zu finanzieren;

8. ausgehend von den gesammelten Erfahrungen seit März 2023 über die European Defence Agency und die Europäische Kommission unverzüglich eine umfangreiche Initiative zur Schaffung zusätzlicher Munitionsproduktionsstätten und Sicherung von erforderlichen Vorprodukten und Rohstoffen zu starten;
9. eine Ad-hoc-Rüstungsindustrie- und Beschaffungsstrategie für die Ukraine-Unterstützung und die Einhaltung der NATO-Zusagen (eine Division 2025) in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu etablieren und mit konkreten Planungssicherheiten festzusetzen;
10. die Rüstungsindustriebetriebe und Zulieferer bei der Ausweitung von Schichten und Personalgewinnung durch sofortige Auftragsvergabe, finanzieller Absicherung und Priorisierungszusagen zu unterstützen;
11. bestehende Beschaffungshemmnisse, strukturelle Bürokratie in der Beschaffung und sonstige bremsende Elemente der Beschaffung für die kommenden drei Jahre auszusetzen;
12. den Vorrang nationaler Ausschreibung vor europäischer Ausschreibung für eine raschere Vergabe zu stärken und weitere Ausnahmetatbestände zu schaffen.

Berlin, den 16. Januar 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

